

Dr. Hans-Joachim Haß, Leiter der Abteilung IV/1 „Wirtschafts- und Industriepolitik“ des Bundesverbandes der Deutschen Industrie e. V.

Stiglitz, Sen und “GDP and Beyond”

Herausforderungen für die amtliche Statistik aus einer industriellen Perspektive

Seit dem Bericht über „Die Grenzen des Wachstums“ des Club of Rome im Jahr 1972 hat kein statistisches Thema mehr so viel Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit erfahren, wie die Empfehlungen der internationalen Kommission zur Messung der wirtschaftlichen Leistung und des sozialen Fortschritts, der sogenannten Stiglitz-Sen-Fitoussi-Kommission. Mit ihren im September 2009 vorgelegten Empfehlungen zur Weiterentwicklung der statistischen Berichterstattung hat diese Kommission die in letzter Zeit zunehmende Kritik am Bruttoinlandsprodukt aufgegriffen, das häufig nicht nur als Maß für die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit einer Volkswirtschaft, sondern auch als Indikator für den Wohlstand eines Landes verwendet wird. Wesentliche Kritikpunkte sind dabei, dass Tätigkeiten, die positiv zur gesellschaftlichen Wohlfahrt beitragen, wie etwa die Hausarbeit oder ehrenamtliche Tätigkeiten, bei der Berechnung des Bruttoinlandsprodukts unberücksichtigt bleiben, während die Kosten für die Beseitigung negativer Begleiterscheinungen des Wachstums für Umwelt, Arbeits- und Lebensbedingungen die Wertschöpfung erhöhen. Die Stiglitz-Sen-Fitoussi-Kommission schlägt deshalb vor, das Bruttoinlandsprodukt um zusätzliche Indikatoren zu ergänzen, die über die Verteilung von Einkommen, Vermögen und Konsum, über die Lebensqualität und die Nachhaltigkeit Auskunft geben (zu Einzelheiten siehe den Beitrag „Zur Wachstums- und Wohlfahrtsmessung“ auf S. 609 ff. dieser Zeitschrift).

In die gleiche Richtung zielt eine Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament „Das BIP und mehr – Die Messung des Fortschritts in einer Welt im Wandel“, mit der die Kommission an eine im Jahr 2007 veranstaltete Konferenz zum gleichen Thema anknüpft. Aus Sicht der amtlichen Statistik ist zu beiden Initiativen anzumerken,

dass es neben dem Bruttoinlandsprodukt bereits eine Vielzahl weiterer Indikatoren gibt, die zur Messung von Wohlstand, nachhaltiger Entwicklung und Fortschritt herangezogen werden können.

Der Autor des nachfolgenden Gastbeitrags, Dr. Hans-Joachim Haß vom Bundesverband der Deutschen Industrie e. V., setzt sich aus Sicht eines führenden Wirtschaftsverbandes mit den sich für die Statistik aus diesen Diskussionen ergebenden Herausforderungen auseinander. Nachdrücklich warnt er vor einer Politisierung der amtlichen Statistik und vor einer Fokusverschiebung von der Produktions- hin zur Haushaltssphäre. Unabdingbar ist für ihn auch, den Systemcharakter der amtlichen Statistik zu erhalten. Ferner sollte sich die amtliche Statistik auch künftig auf die Erfassung objektivierbarer Sachverhalte beschränken. Angesichts der angespannten Finanzlage hält er es für dringend geboten, bei neuen Datenanforderungen die Ressourcenfrage von vornherein zu berücksichtigen.

Wie bei Gastbeiträgen in Wirtschaft und Statistik üblich, zeichnet für die darin getroffenen Aussagen allein der Autor verantwortlich.

Politischer Hintergrund

Gibt man auf der deutschen Seite der Internetsuchmaschine Google die Wortsequenz “GDP and Beyond” ein, erhält man in Sekunden den Nachweis von 5 790 000 Einträgen. Natürlich sagt diese Zahl nichts über die Qualität der Diskussion über dieses Thema aus, aber sie belegt, dass die Debatte um Sinn und Zweck der Volkswirtschaftlichen Gesamtrech-

nungen (VGR) und ihres Leitindikators, des Bruttoinlandsprodukts (BIP), zumindest quantitativ einen Gipfel erklommen hat. Seit den ersten Anfängen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen in den Dreißigerjahren des vorigen Jahrhunderts ist das Bruttoinlandsprodukt als Maß für die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und als Indikator für das konjunkturelle Auf und Ab des Wirtschaftsgeschehens selbst Gegenstand eines ausgeprägten Debattenzyklus gewesen. Alle bisherigen Zyklen hat das Bruttoinlandsprodukt im Wesentlichen unbeschadet überstanden. Im Gegenteil: Aus den kritischen Debatten wurden Lehren gezogen und das Grundkonzept konsequent weiterentwickelt und den sich wandelnden Anforderungen angepasst. Nur so war es überhaupt möglich, dass das Bruttoinlandsprodukt und die hinter ihm stehenden Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ihren hohen Stellenwert in Ökonomie und Politik bis dato gehalten haben.

Die aktuelle Debatte um "GDP and Beyond" hat jedoch eine ungleich höhere Dynamik als alle vorherigen. Ihre Erschütterungsdimension für die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und die amtliche Statistik ist deutlich höher zu veranschlagen als selbst die der durch den Bericht des Club of Rome¹⁾ unter dem Titel „Die Grenzen des Wachstums“ im Jahr 1972 ausgelösten Diskussion um Wachstum und Wachstumsmessung. Dass die aktuelle Debatte geografisch in Europa die höchsten Wellen schlägt, ist dabei wohl kein Zufall. Dass die seit Jahren wachstumsschwächste Region der Weltwirtschaft, die zudem mit dem Versuch, das in der sogenannten Lissabon-Strategie manifestierte Ziel, die Europäische Union zum wettbewerbsstärksten globalen Wirtschaftsraum zu machen, zu erreichen, gescheitert ist, nach politischen Zielen und diesbezüglichen statistischen Indikatoren jenseits des Wachstums sucht, ist vordergründig politisch durchaus nachvollziehbar.

Schon die semantische Begleitmusik bringt den wahren politischen Kern der Debatte ans Tageslicht. Ausgangspunkt war eine im Jahr 2007 von der Europäischen Kommission²⁾ veranstaltete Konferenz "Beyond GDP", deren Titel bereits die Marschrichtung und das Ziel, nämlich das missliebige Bruttoinlandsprodukt hinter sich zu lassen, markierte. Die im Kern unstrittig wahre, im gegebenen Kontext jedoch auslegungsfähige Aussage aus der Rede des Präsidenten der Europäischen Kommission, José Manuel Barroso, zur Konferenzöffnung "We cannot face the challenges of the future with the tools from the past"³⁾ rundet dieses Bild ab. Immerhin kann man der Kommission einen gewissen Lernerfolg bescheinigen, stellte sie doch eine Mitteilung an den Europäischen Rat und an das Europäische Parlament im vergangenen Jahr immerhin unter die Überschrift "GDP and Beyond" und konstatiert im Text, dass das Bruttoinlandsprodukt „trotz seiner Mängel immer

noch der beste einzelne Messwert zur Feststellung der Leistungsfähigkeit einer Marktwirtschaft"⁴⁾ ist. Der Unterschied zwischen "Beyond GDP" und "GDP and Beyond" mag semantisch relativ klein sein, inhaltlich ist er jedoch von entscheidender Bedeutung, bringt er doch zum Ausdruck, dass das Bruttoinlandsprodukt nicht mehr überwunden, sondern erweitert und ergänzt werden soll. "GDP – About and Beyond" wäre möglicherweise ein noch passenderer Arbeitstitel für die zu bewältigenden Aufgaben.

Die hohe Erschütterungsdimension der aktuellen Debatte um das Bruttoinlandsprodukt rührt jedoch nicht von Konferenzen und Mitteilungen der EU-Kommission her, sondern von dem ebenfalls im vergangenen Jahr vorgelegten Endbericht einer vom französischen Präsidenten eingesetzten "Commission on the Measurement of Economic Performance and Social Progress". Dieser unter dem Namen „Stiglitz-Sen-Report"⁵⁾ firmierende und von einer Gruppe hoch renommierter Wissenschaftler, unter ihnen fünf Nobelpreisträger, erstellte Bericht liefert die wohl umfänglichste Bestandsaufnahme von Limitationen des Bruttoinlandsprodukts und ebenso umfassende Vorschläge zu dessen Erweiterung und Ergänzung. Dabei ist unter Ökonomen und Statistikern die begrenzte Eignung des Bruttoinlandsprodukts als Wohlfahrtsindikator eigentlich gar nicht umstritten. Schon der „Erfinder“ des Bruttoinlandsprodukts, der russisch-amerikanische Ökonom Simon Kuznets, wies bei der Vorstellung seines Konzepts auf dessen Begrenzungen hin. Seither hat es in den Wirtschaftswissenschaften endlose Debatten hierüber gegeben, sodass die Frage, ob das Bruttoinlandsprodukt etwas über Wohlstand und Lebensqualität aussagt, als ausdiskutiert gelten darf.

Hier soll und kann diese Debatte daher nicht im Einzelnen nachvollzogen werden. Auch wenn es in ungeübten Ohren immer noch interessant klingt und dem ökonomischen Laien die Haare zu Berge stehen lässt, so ist es doch nur von begrenztem Erkenntniswert, zum wiederholten Mal darauf hinzuweisen, dass die Folgekosten von Verkehrsunfällen, Naturkatastrophen und gar Kriegen letztlich das Bruttoinlandsprodukt erhöhen und dass das segensreiche häusliche Kochen und alle im Zuge von Do-it-yourself erbrachten Leistungen bei der Berechnung des Bruttoinlandsprodukts unter den Tisch fallen. All diese Limitationen sind zwar nicht zu leugnen, sie sind aber auch kein Grund, das Bruttoinlandsprodukt zu kritisieren. Wenn man das Bruttoinlandsprodukt nimmt als das, was es ist, nämlich ein Indikator zur Messung der sich auf Märkten entfaltenden wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit eines Landes, stößt die Kritik ins Leere. Erst aus der politischen Überfrachtung des Bruttoinlandsprodukts mit Ansprüchen und Zielen, für die es konzeptionell gar nicht gedacht und gemacht ist, erwächst eine scheinbare Kritikwürdigkeit. Wohltuend formuliert der Stig-

1) Siehe Meadows, D. L., u. a.: „Die Grenzen des Wachstums“, Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit, Stuttgart 1972.

2) Gemeinsam mit dem Europäischen Parlament, der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), dem Club of Rome und der Naturschutzorganisation WWF (World Wide Fund For Nature).

3) Siehe den Tagungsband zur Konferenz von 2007 (Conference Proceedings): "Beyond GDP – Measuring progress, true wealth, and the well-being of nations" (<http://www.beyond-gdp.eu/index.html>), S. 24 f.; abgerufen am 8. Juli 2010).

4) Kommission der Europäischen Gemeinschaften, Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament: „Das BIP und mehr – Die Messung des Fortschritts in einer Welt im Wandel“, KOM (2009) 433 endgültig, Brüssel 2009, S. 11.

5) Stiglitz, J. E./Sen, A./Fitoussi, J.-P.: "Report by the commission on the Measurement of Economic Performance and Social Progress", Paris 2009.

litz-Sen-Report in diesem Sinne: “GDP is not wrong *as such*, but wrongly used”⁶).

Einerseits ist es die Qualität des Stiglitz-Sen-Berichtes, die der Debatte um die Rolle des Bruttoinlandsprodukts die bereits sichtbaren Flügel verleiht. Andererseits ist es der enorme politische Gebrauch, der von dem Bericht gemacht wird, nicht nur im Auftraggeberland Frankreich. So haben die deutsche und die französische Regierung ihre jeweiligen ökonomischen Sachverständigenräte beauftragt, die Ergebnisse des Stiglitz-Sen-Reports zu bewerten und konkrete Schlussfolgerungen daraus abzuleiten. Im Dezember 2010 sollen diese Ergebnisse dann auf einer gemeinsamen deutsch-französischen Regierungskonferenz vorgestellt und diskutiert werden.

Herausforderungen für die amtliche Statistik

Die amtliche Statistik – in Deutschland und in Europa – ist vor dem skizzierten politischen Hintergrund gut beraten, sich auf umfangreiche Neuerungen und zusätzliche Anforderungen einzustellen. Im Folgenden werden hierzu Thesen aus einer industriellen Perspektive formuliert. Warum sich die Industrie für diese Fragestellungen interessiert, liegt auf der Hand. Die Industrie ist der Kernsektor der deutschen Volkswirtschaft, sie ist nach wie vor die Basis für Wachstum und Wohlstand. Sie hat auch weiterhin ein vitales Interesse an aussagefähigen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und einer hinreichenden Ausleuchtung der Produktionssphäre der Volkswirtschaft.

1 Gegen eine Politisierung der amtlichen Statistik

Ohne Zweifel hat die amtliche Statistik heute Glaubwürdigkeitsprobleme. Diese sind in den einzelnen Ländern Europas mehr oder minder stark ausgeprägt. Während in Deutschland die Bevölkerung im Durchschnitt ein halbwegs entspanntes Verhältnis zu ihrer amtlichen Statistik hat und nicht von fundamentalem Misstrauen gegenüber amtlichen Daten geprägt ist, gibt es in anderen europäischen Ländern verbreitet das Gefühl in der Bevölkerung, von der amtlichen Statistik systematisch fehlinformiert zu werden. Ob die Griechen ihrer offiziellen Statistik trauen, ist dem Autor nicht bekannt, in den europäischen Partnerländern werden griechische Daten seit den jüngsten Vorkommnissen jedenfalls äußerst kritisch betrachtet.

Der beste Garant für glaubwürdige statistische Daten ist die politische Unabhängigkeit der statistischen Ämter. Nicht mehr, sondern weniger Einfluss der Politik auf Produktion und Verbreitung statistischer Daten ist das Gebot der Stunde. Aus der Glaubwürdigkeitsperspektive heraus muss die aktuelle Diskussion um “GDP and Beyond” durchaus mit Sorge betrachtet werden. Wenn man manchen politischen

Statements und Medienberichten Glauben schenkt, wird hier ein politischer und statistischer Paradigmenwechsel vorbereitet. Die Politik hat hier eindeutig die Führungsrolle an sich gezogen, die Statistiker spielen nur eine Nebenrolle. Eine politisch nicht unabhängige amtliche Statistik kann in einer solchen Konstellation kaum bestehen. Notwendig ist daher, die Unabhängigkeit der nationalen statistischen Ämter im Europäischen Statistiksystem (ESS) zu stärken. Nur so kann gewährleistet werden, dass bei der Umsetzung der Empfehlungen der Stiglitz-Sen-Kommission und der “GDP and Beyond”-Initiative der Europäischen Union die statistische Datenqualität gesichert wird. Die Politik muss sich aus der Statistikproduktion heraushalten.

2 Die amtliche Statistik auf objektivierbare Sachverhalte beschränken

Die oben beschriebene Gefahr einer Politisierung der amtlichen Statistik hängt eng damit zusammen, dass die intendierte Messung von Wohlstand und Lebensqualität nahezu zwangsläufig einhergeht mit der Erfassung persönlicher und damit subjektiver Werturteile, Stimmungen und Gefühle. “Measuring all these features requires both objective and subjective data”, führt der Stiglitz-Sen-Report hierzu aus.⁷) Die Befindlichkeit, das Lebensgefühl, das Glücksempfinden einzelner Menschen lassen sich kaum objektivieren. Damit soll nicht gesagt werden, dass es nicht interessant wäre, Befunde über solch subjektiv geprägte Tatbestände zu erstellen, auszuwerten und auch politische Schlussfolgerungen aus ihnen abzuleiten. Die amtliche Statistik stößt hier jedoch an Grenzen. Werden diese Grenzen überschritten, sind dem politischen Missbrauch der Daten Tür und Tor geöffnet.

Die amtliche Statistik sollte auch in Zukunft auf objektivierbare Sachverhalte beschränkt bleiben. Dies ist auch eine Frage der statistischen Qualitätsstandards, die bei subjektiven Faktoren kaum aufrechtzuerhalten wären. Bei der Umsetzung der auf dem Tisch liegenden Empfehlungen zur besseren Erfassung von Wohlstand und Lebensqualität sollten nur die Elemente an die amtliche Statistik überwiesen werden, die sich objektivieren lassen. Dies gilt beispielsweise für die Einführung oder Ausweitung von Zeitbudgeterhebungen, wie sie in Deutschland bereits durchgeführt werden, in anderen europäischen Ländern aber noch nicht zur statistischen Praxis gehören. Nicht objektivierbare Sachverhalte sollten der Wissenschaft vorbehalten bleiben. „Eine Zusammenarbeit mit der Wissenschaft ist sinnvoll und notwendig vor allem bei der (Weiter-)Entwicklung bestimmter Indikatoren und der Frage der Aggregation nicht-monetärer Ergebnisse“.⁸) Auf diese Weise kann nicht nur eine inhaltliche, sondern auch eine ressourcenbezogene Überforderung der amtlichen Statistik vermieden werden. Auch objektivierbare Sachverhalte müssen nicht zwangsläufig in jedem Einzelfall der amtlichen Statistik zur Erfassung übertragen werden. Es sollte sorgfältig geprüft werden, ob nicht fallweise auch privatwirtschaftliche Institute hier zum Zuge kommen

6) Siehe Fußnote 5, hier: S. 8.

7) Siehe Fußnote 5, hier: S. 15.

8) Siehe Braakmann, A.: „Indikatoren für Wirtschaft, Lebensqualität und Nachhaltigkeit – der Stiglitz-Bericht als Herausforderung für die Statistik“ in Wirtschaftsdienst, 89. Jg., Heft 12/2009, S. 783 ff., hier: S. 787.

könnten. Auf diese Weise kämen auch verstärkt Wettbewerbselemente in das statistische System, die der Effizienz dieses Systems nur gut tun können.

3 Den Systemcharakter der amtlichen Statistik bewahren

Eines der prägenden und werthaltigsten Charakteristika der amtlichen Statistik in Deutschland ist, dass diese sich als ein auf Konsistenz angelegtes Gesamtsystem auffasst, in dem nicht einfach Einzelstatistiken nebeneinander existieren, sondern diese methodisch wie inhaltlich verknüpft sind. Die Integration von Einzelstatistiken in ein Gesamtkonzept erlaubt es, Definitionen und Abgrenzungen in hohem Maße zu vereinheitlichen sowie einheitliche Klassifikationen anzuwenden, und liefert ein statistisches Gesamtbild der gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und ökologischen Situation, ihrer Strukturen, Entwicklungen und Zusammenhänge – eine unabdingbare Voraussetzung für konsistentes politisches Handeln. Am deutlichsten wird dieser Systemgedanke in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, in die Daten aus zahlreichen Bevölkerungs-, Wirtschafts-, Finanz- und Steuerstatistiken, Erwerbstätigkeits- und Haushaltsstatistiken einfließen und die ein ökonomisches Abbild der gesamten Volkswirtschaft ermöglichen. Der systematische Aufbau des statistischen Systems gewährleistet – zumindest zum Teil – eine hohe Datenqualität in Form von Vollständigkeit, Zuverlässigkeit und Richtigkeit. Durch die Mehrfachnutzung der erhobenen Daten für vielfältige statistische Zwecke und die Kombinierbarkeit der statistischen Ergebnisse werden Doppelerhebungen vermieden, die Befragten nicht unnötig belastet und Kosten gespart.

Diesen Systemcharakter gilt es auch bei der Umsetzung der Empfehlungen zur Messung von Lebensqualität und Wohlstand zu erhalten. Bewährt hat sich die Vorgehensweise, neue Fragestellungen durch den Aufbau von sogenannten statistischen Satellitensystemen einzufangen und mit dem bestehenden Statistiksistem zu verknüpfen. Auf diese Weise konnten beispielsweise in Deutschland umweltpolitische Fragestellungen in den Umweltökonomischen Gesamtrechnungen abgedeckt werden, die – wie die Begrifflichkeit bereits andeutet – eng mit den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen verknüpft sind. Neue Sachverhalte, wie sie jetzt im Zuge der “GDP and Beyond”-Diskussion auf den Tisch kommen, sollten daher – sofern sie sich auf objektivierbare Messgrößen zurückführen lassen – als methodisch wie inhaltlich eng verknüpfte Satelliten in das statistische System eingeführt werden. Dies sollte beispielsweise für den Vorschlag der Stiglitz-Sen-Kommission geprüft werden, ökonomische Aktivitäten, die nicht über Märkte abgewickelt werden, systematischer zu erfassen und so die Berechnung des Bruttoinlandsprodukts zu ergänzen.

4 Vorhandene Daten konsequent nutzen

Die Herausforderungen, die sich aus der erweiterten Messung von Wohlstand und Lebensqualität für die amtliche Statistik ergeben, sind von Land zu Land sehr verschieden. Dies spiegelt die unterschiedliche Ausdifferenzierung der nationalen Statistiksysteime in der Europäischen Union

wider. In Deutschland sind, wie eine erste Sichtung der statistischen Ämter ergeben hat, für relativ viele der neu aufgeworfenen Fragestellungen bereits Daten vorhanden oder lassen sich mit überschaubarem Aufwand ableiten. Hinzu kommen zahlreiche wissenschaftliche Studien, die empirisch untermauerte Analysen zum Kontext von Wohlstand und Lebensqualität liefern. Dieses vorhandene Material sollte systematisch zusammengetragen und gesichtet werden, um neue Erhebungen und damit Belastungen für die Auskunftgebenden auf das notwendige Minimum beschränken zu können.

In Deutschland ist zwar bereits relativ viel Datenmaterial vorhanden, es fehlen zum Teil jedoch die rechtlichen Grundlagen für eine Zusammenführung und Nutzung dieser Daten. Zwar wurde in den vergangenen Jahren das Verwaltungsdatenverwendungsgesetz, das die Übermittlung und Nutzung von Verwaltungsdaten der Finanzbehörden und der Bundesagentur für Arbeit regelt, eingeführt und damit die rechtliche Basis verbessert, das Bundesstatistikgesetz sieht jedoch keine systematische Nutzung vorhandener Verwaltungsdaten für statistische Zwecke vor. Soll eine Verwaltungsdatenquelle statistisch genutzt werden, müssen die rechtlichen Voraussetzungen hierfür in jedem Einzelfall geschaffen werden. Diese Prozedur ist gleichermaßen langwierig wie umständlich und führt im Ergebnis dazu, dass viele Sekundärdaten statistisch praktisch brachliegen. Das Bundesstatistikgesetz muss an dieser Stelle grundlegend modernisiert werden. Nicht zuletzt die umfangreichen Anforderungen aus der “GDP and Beyond”-Diskussion legen dies nahe. Die Nutzung vorhandener Verwaltungsdaten sollte bindend vorgeschrieben werden, bevor neue Erhebungen eingeführt werden. Auch muss der amtlichen Statistik ein Mitspracherecht eingeräumt werden, wenn in anderen Bereichen der öffentlichen Verwaltung Daten erhoben werden, die auch für statistische Zwecke nutzbar sind. Nur so kann letztlich die notwendige Datenqualität sichergestellt werden.

5 Ressourcenerfordernisse neuer Datenanforderungen beachten

Die amtliche Statistik bewegt sich insgesamt und bereits seit längerem in einem schwierigen Umfeld. Der Bogen ist dabei gespannt von immer neuen Informationsbedürfnissen auf der einen Seite und abnehmenden Ressourcen der statistischen Ämter auf der anderen Seite. Beschränkt man sich auf diesen Blickwinkel, so kommt die Diskussion um GDP and Beyond wegen der damit verbundenen Ressourcenerfordernisse in den statistischen Systemen zur Unzeit. Schon seit Jahren steht die amtliche Statistik in Europa unter starkem Druck. Entbürokratisierung und Haushaltskonsolidierung bezeichnen die diesen Druck prägenden politischen Rahmenbedingungen. Vor dem Hintergrund der im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise in gehörige Schiefelage geratenen öffentlichen Haushalte in fast allen europäischen Ländern ist für die nächsten Jahre mit erhöhten Konsolidierungsnotwendigkeiten auch in der amtlichen Statistik zu rechnen.

Die Konsequenz aus diesen Betrachtungen ist, dass die begrenzten Ressourcen bei den aus den vorliegenden Emp-

fehlungen zu ziehenden praktischen Schlussfolgerungen zwingend von vornherein berücksichtigt werden müssen. Es macht keinen Sinn, ausdifferenzierte Wunschlisten zur statistischen Messung von Wohlstand, Lebensqualität und Nachhaltigkeit vorzulegen und dabei die Frage, mit welchen Ressourcen diese Wunschlisten abgearbeitet werden sollen, auszusparen. Die Politik, dies ist aus vielen Beispielen bekannt, drückt sich nur zu gern um diese Zusammenhänge herum. Verdrängung hilft jedoch nicht weiter. Wenn die zugeworfenen Ressourcen nicht ausreichen, alle Wünsche zu erfüllen, müssen Prioritäten und Posterioritäten festgelegt werden. Dass die statistische Durchleuchtung des Wirtschaftsbereiches, der Wachstum und Wohlstand in Deutschland zu einem großen Teil trägt, nämlich der Industrie, nicht posterior sein kann, versteht sich dabei von selbst, nicht nur aus einer industriellen Perspektive.

6 Die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen als Herzstück der amtlichen Statistik erhalten und verbessern

Die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen sind das Herzstück der amtlichen Wirtschaftsstatistik und aus einer industriellen Perspektive sollten sie dies auch bleiben. Die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen liefern nach wie vor die besten verfügbaren Antworten auf viele immer noch höchst relevante ökonomische Fragestellungen. Das Wort vom "often over-emphasized measure, GDP"⁹⁾ im Stiglitz-Sen-Report trifft politisch wohl zu, nicht jedoch in einer ökonomischen oder statistischen Betrachtungsweise. Wenn man die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen allerdings mit Fragen konfrontiert, die sie konzeptionell gar nicht beantworten kann, liefert dies kaum überzeugende Argumente, sie und ihren Leitindikator, das Bruttoinlandsprodukt, zu verwerfen.

Die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und das Bruttoinlandsprodukt als Herzstück der amtlichen Wirtschaftsstatistik zu erhalten, bedeutet nicht, alles so zu belassen, wie es ist. Die Unzulänglichkeiten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen selbst für ihre ureigenen Zwecke sind seit Langem bekannt und breit diskutiert, zuletzt ausführlich im Stiglitz-Sen-Report. Es ist lohnend, an der Lösung dieser Probleme intensiv weiterzuarbeiten. Dies betrifft etwa die Berücksichtigung von Qualitätsänderungen in Preisindizes, die Erfassung von Dienstleistungsaktivitäten im Allgemeinen und die Bewertung vor allem staatlich erbrachter Dienstleistungen, für die keine Marktpreise vorliegen, im Speziellen. Solche "classical GDP issues"¹⁰⁾, wie sie im Stiglitz-Sen-Bericht genannt werden, müssen auf der statistischen Tagesordnung bleiben, mit dem Ziel, die Qualität und Aussagefähigkeit der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen weiter zu erhöhen.

Ein Grundproblem der Berechnung des Bruttoinlandsprodukts kann die Statistik allerdings nicht lösen. Dies betrifft

die unzureichende Berücksichtigung externer Effekte in den Marktpreisen. Sind diese Effekte groß, eignen sich die Preise nur noch eingeschränkt zur Aggregation verschiedenartiger Güter und Dienstleistungen zu einer Kenngröße, die Aussagen über die Wohlfahrtsentwicklung erlaubt. Die Internalisierung externer Effekte ist im Kern eine politische Aufgabe. Hier kommt es darauf an, durch zielgenaue Regulierung, etwa im Bereich der Umweltgesetzgebung, wenn nicht eine vollständige, so doch eine bessere Abbildung externer Effekte in den Preisen und damit im Bruttoinlandsprodukt zu erreichen.

7 Keine Fokusverschiebung von der Produktions- zur Haushaltssphäre

Aus einer industriellen Perspektive äußerst kritisch zu sehen ist der Vorschlag der Stiglitz-Sen-Kommission, im statistischen System eine Gewichtsverschiebung vorzunehmen, weg von der Erfassung der volkswirtschaftlichen Produktion hin zur Messung des persönlichen Wohlbefindens und zur Durchleuchtung der Haushaltssphäre. Zwar wird einschränkend konstatiert: "Changing emphasis does not mean dismissing GDP and production measures"¹¹⁾. Wie dies jedoch in einem System umgesetzt werden soll, das mit härtesten Budgetrestriktionen konfrontiert wird, bleibt offen. Es steht zu befürchten, dass wegen dieser Ressourcenengpässe eine Fokusverschiebung hin zur persönlichen und zur Haushaltssphäre eben doch zulasten der Erfassung der Produktionssphäre ginge. Dann wäre die Diskussion doch wieder beim "Beyond GDP" angelangt.

An dieser Stelle spannt sich auch wieder der Bogen zur politischen Sphäre. Welche Art von Wirtschaftspolitik soll denn auf einem statistischen Berichtssystem aufsetzen, das die Produktionsebene der Volkswirtschaft nicht mehr so genau unter die Lupe nimmt, dafür aber die Haushaltsebene, die Verteilungssphäre und das persönliche Glücksempfinden in den Fokus rückt? Soll dies etwa eine glücksorientierte staatliche Wirtschaftspolitik sein? Und wenn ja, wie soll eine solche denn instrumentell ausgestaltet werden? Mehr über Sachverhalte jenseits der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen in Erfahrung bringen zu wollen, mag legitim, ja wahrscheinlich sogar notwendig sein. Als Zielwerte für die Wirtschaftspolitik sind diese Indikatoren jedoch mehr als problematisch, wie Gert Wagner¹²⁾ treffend herausgearbeitet hat. Staatlich herbeigelenktem Lebensglück von Menschen ist in jedem Fall eine Absage zu erteilen.

Die Wirtschaftspolitik muss im Kern wachstumsorientiert bleiben; angesichts der im internationalen Vergleich seit Mitte der 1990er-Jahre deutlich unterdurchschnittlichen Wachstumsperformance in Deutschland kann man sogar postulieren, sie muss wachstumsorientierter werden. Es ist und bleibt ein ökonomischer Grundtatbestand, dass nur das verteilt werden kann, was zuvor erwirtschaftet wurde. Insofern führt eine Fokusverschiebung von der Produktion hin zur Verteilung nicht nur ökonomisch, sondern auch sta-

9) Siehe Fußnote 5, hier: S. 22.

10) Siehe Fußnote 5, hier die Ausführungen in Teil II. "Substantial Arguments presented in the Report", Kapitel 1, auf S. 85 ff.

11) Siehe Fußnote 5, hier: S. 12.

12) Siehe Wagner, G. G.: „Zufriedenheitsindikatoren – keine einfachen Zielwerte für die Politik“ in Wirtschaftsdienst, 89. Jg., Heft 12/2009, hier: S. 796 ff.

tistisch in die Irre. Wachstum, so wie es durch das Bruttoinlandsprodukt gemessen wird, ist nicht alles, aber ohne ein solches Wachstum ist vieles nichts. Die Konsolidierung der Staatsfinanzen, die Finanzierung der Sozialausgaben, die Bewältigung der Aufgaben im Umwelt- und Klimaschutz, um nur einige zu nennen, sind ohne wirtschaftliches Wachstum nicht möglich, zumindest deutlich erschwert. Daher bleibt die Erfassung der volkswirtschaftlichen Produktion mit einer ausdifferenzierten Industriestatistik eine, wenn nicht die Kernaufgabe der amtlichen Statistik. [u](#)

Auszug aus Wirtschaft und Statistik

© Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2010

Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.

Herausgeber: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden

Schriftleitung: Roderich Egeler
Präsident des Statistischen Bundesamtes
Verantwortlich für den Inhalt:
Brigitte Reimann,
65180 Wiesbaden
Telefon: +49 (0) 6 11/75 2086

Internet: www.destatis.de

Ihr Kontakt zu uns: www.destatis.de/kontakt

Statistischer Informationsservice

Telefon: +49 (0) 6 11/75 24 05

Telefax: +49 (0) 6 11/75 33 30

Vertriebspartner: HGV Hanseatische Gesellschaft für Verlagsservice mbH
Servicecenter Fachverlage
Postfach 11 64
D-72125 Kusterdingen
Telefon: +49 (0) 70 71/93 53 50
Telefax: +49 (0) 70 71/93 53 35
destatis@s-f-g.com
www.destatis.de/publikationen

Erscheinungsfolge: monatlich